

Medienmitteilung
Bern, 10. Juni 2026

Mindestlöhne: Urteil führt zu Flickenteppich auf Kosten der KMU

Das Bundesgericht hat entschieden: Die Mindestlohnregelungen von Winterthur und Zürich sind gültig. Um einen landesweiten Flickenteppich zu vermeiden, fordert der Schweizerische Gewerbeverband sgv die gesetzliche Verankerung des Vorrangs von Mindestlöhnen in Branchen mit einem für allgemeinverbindlich erklärten Gesamtarbeitsvertrag (ave GAV) gegenüber kantonalen Mindestlöhnen.

Das Bundesgericht stützt die 2023 von der Stimmbevölkerung der Städte Winterthur und Zürich gutgeheissenen Mindestlöhne. Der KMU-Verband Winterthur und Umgebung und der Gewerbeverband der Stadt Zürich haben rechtliche Schritte zur Klärung der kommunalen Kompetenz zum Erlassen von Mindestlöhnen ergriffen. «Mit diesem Urteil droht nun ein durch die Unternehmen bürokratisch umsetzbarer und durch die Behörden schwierig kontrollierbarer Flickenteppich an verschiedenen Mindestlöhnen», sagt Dieter Kläy, stellvertretender sgv-Direktor.

Allgemeinverbindliche Mindestlöhne haben Vorrang

Kantonale und kommunale Mindestlohn-Initiativen setzen die Sozialpartnerschaft zunehmend unter Druck. Umso wichtiger ist, dass die in der laufenden Sommersession beschlossene Stärkung der Gesamtarbeitsverträge umgesetzt wird. National- und Ständerat haben beschlossen, dass sozialpartnerschaftlich ausgehandelte, allgemeinverbindliche Mindestlöhne kantonalen Mindestlöhnen vorgehen sollen. Mit einer Besitzstandsregel wird verhindert, dass die Löhne infolge der Gesetzesänderung sinken. Der Schweizerische Gewerbeverband befürwortet diesen Kompromiss.

Weitere Auskünfte

Fabio Regazzi, Präsident, Mobile 079 253 12 74
Urs Furrer, Direktor, Mobile 079 215 81 30

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgv rund 230 Verbände und über 600 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.